

Widerstand gegen Autoritarismus und Punitivität - Wege kritisch-solidarischer Hilfepraxis

Gedik, Kira

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gedik, K. (2019). Widerstand gegen Autoritarismus und Punitivität - Wege kritisch-solidarischer Hilfepraxis. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 39(154), 99-117. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83960-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kira Gedik

Widerstand gegen Autoritarismus und Punitivität – Wege kritisch-solidarischer Hilfepraxis

Der Vortrag zu diesem Beitrag auf dem Forum für Dialogische Qualitätsentwicklung in Kassel trug den Titel: „Selbst denken und selbst mit Partnern handeln – Anleitung zum Widerstand“. So titulierte wird das Selbst, werden die Akteure ins Zentrum der Betrachtung gesetzt, die sich – sei es als Fachkraft oder sei es als Hilfeeilnehmerin – widerständig verhalten oder im Widerstand befinden können. Der Titel suggeriert darüber hinaus, dass der Widerstand etwas Positives ist, woran es mangelt und dass er mit dem eigenständigen Denken und Handeln zu tun hat und er etwas ist, das man mit Anderen zusammen unternehmen kann.

Es gibt unterschiedliche Perspektiven, die eingenommen werden können, wenn der Widerstand angesichts eines neu aufkeimenden Autoritarismus in Sozialer Praxis und angesichts neuer Tendenzen der Punitivität kritisch betrachtet werden soll. Und unweigerlich kommen soziologische und politologische Perspektiven in den Blick, die den gesellschaftlichen und politischen Kontext markieren, in welchen diese sozialen Praktiken eingebettet sind. Als Fachkraft mit einem solchen Trend und mit der eigenen Verantwortung konfrontiert, stellen sich gesellschafts- und politiktheoretische Fragestellungen, denen insbesondere Barrington Moore, ein amerikanischer Politologe, Soziologe und Historiker, nachgegangen ist. Seine Untersuchungen werden in diesem Beitrag besonders gewürdigt, insbesondere seine Untersuchungen zur *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand* (1982), die er anknüpfend an seine Studien zu den *Sozialen Ursprüngen von Diktatur und Demokratie* (1969) verfasste. Auch die besondere Würdigung von Moores Studien hat gute Gründe: Zeigt sich doch nach meiner Erfahrung, dass soziale Fachkräfte sukzessive gesellschaftliche und politologische Perspektiven vernachlässigen, sowohl in Reflexion der eigenen Fachpraxis und der hiermit einhergehenden, asymmetrischen Machtverhältnisse als auch in Reflexion der jeweiligen Lebensformen und Lebenslagen ihrer Klient*innen (vgl. Thole/Ziegler 2018: 7-28). Hier knüpfen handlungsleitende Grundannah-

men oder Grundorientierungen z.B. darüber an, ob eine Fachkraft sich selbst als demokratisch orientierte professionelle Fachkraft versteht oder ob sie vielmehr – womöglich aufgrund eines unreflektierten Driftens, aber erfahrungsgemäß vielmehr aufgrund von bestimmten Verfahren und Richtlinien zur Akquise finanzieller Förderungen – sich als Diktator oder Diktatorin gebärdet und über die solchermaßen ins Kalkül eingeschlossenen, objektivierten Menschen verfügen will (vgl. in diesem Zusammenhang Rosa 2019).

Auch wenn in diesem Beitrag der Schwerpunkt auf die gesellschaftlichen Fragen der Ungerechtigkeit und die sozialen Ursachen für die Unterwerfung und den Widerstand gelegt wird, muss doch berücksichtigt werden, dass sich eine vergesellschaftete soziale Praxis nicht im luftleeren Raum vollzieht, sondern sie organisiert wird. Deshalb sollen einige m.E. wichtige Aspekte des Widerstands in Organisationen in diesen Beitrag Eingang finden. Und da es im Kern um die Akteure sozialer Hilfepraxis selbst geht, werden auch einige wichtige psychoanalytische Gesichtspunkte zum Widerstand eröffnet. Auf der Grundlage einer solchermaßen entwickelten, dreiseitigen Problemanalyse, werden dann alternative Leitgedanken für eine ganzheitliche Hilfepraxis entworfen, die fünf konkrete Schlussfolgerungen hinsichtlich widerständiger Praxis und zehn Schlussfolgerungen für alternative Wege der kritisch-solidarischen Praxis umfassen¹.

Widerstand aus gesellschaftshistorischer Perspektive

Wer nach dem Widerstand aus dieser Perspektive fragt, muss untersuchen, was „Ungerechtigkeit“ bedeutet mit Blick auf die Vergangenheit, die Aufstände und Revolutionen in der Menschheitsgeschichte und in unterschiedlichen Gesellschaften². Barrington Moore stellt unter Rückgriff auf eine Vielzahl historischer Quellen, ethnografischer und anthropologischer Studien, auch schriftloser Gesellschaften als verbindende These heraus (Moore 1982: 21):

-
- 1 Es ist mühsam, seine Praxis an dem auszurichten, was NICHT sein soll und es ist dennoch für eine einigermaßen gründliche Problemanalyse unerlässlich. Da wir bereits einer Menge Triebregungen resistieren, wie bspw. dem Aggressions- oder auch dem Todestrieb, liegt es mir am Herzen jenseits von Blockaden oder Verboten konstruktive Wege aufzuzeigen für den freien Lauf unserer erstaunlichen Kräfte.
 - 2 Parallel zu Moores Arbeiten zu „Injustice. The Social Bases of Obedience and Revolt“ (1978), entwickelte John Rawls „A Theory of Justice“ (1971), in der deutschen Fassung „Theorie der Gerechtigkeit“ (1975). Beide gehen von einer menschlichen Natur und menschlichen Bedürfnissen aus.

„Augenscheinlich sind soziale Regeln und ihre Verletzung entscheidende Komponenten bei moralischer Empörung und der Entstehung des Gefühls, daß Unrecht geschieht. (..) Ohne Regeln für das Sozialverhalten könnte es sowas wie moralische Entrüstung oder ein Gefühl von Ungerechtigkeit nicht geben. Ebenso unmöglich wäre ein Bewußtsein sozialen Unrechts, wenn man die Menschen dazu bringen könnte, jede Regel zu akzeptieren“.

Moore stellt heraus, dass Gesellschaften soziale Koordination brauchen (ebd.: 26):

„Die Notwendigkeit, mit anderen Menschen zusammenzuarbeiten, bringt ein neues und eindeutig festgelegtes System von Bestimmungsgründen für das menschliche Verhalten hervor. (..) In diesem Sinn ist es zu verstehen, daß das Leben in Gesellschaft moralische Normen erzeugt. (..) Wo und wie auch immer eine Anzahl von Menschen versucht zusammen zu leben und sich zu reproduzieren, tauchen bestimmte Probleme auf. Diese können unter dem allgemeinen Begriff des Problems der sozialen Koordination grob zusammengefasst werden“.

Das Problem sozialer Koordination entfaltet Moore auf drei konfliktreichen Ebenen:

1. Die Autorität und die Ablehnung von Autorität
2. Die Arbeitsteilung
3. Die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen

Die Autorität und die Ablehnung von Autorität

Wenn jede Gesellschaft Autorität(en) zur sozialen Koordination benötigt, „um die Aktivitäten einer Vielzahl von Leuten zu koordinieren“ (ebd.: 35), stellt Moore die Frage, wie diese gesellschaftlich eingebettet und anerkannt sein können jenseits von Furcht oder Zwang (Moore 1982: 38):

„Autorität reflektiert die (..) Tatsache, dass die menschliche Gesellschaft zum Teil ein Gefüge von Arrangements darstellt, durch die es einigen Menschen gelingt, aus anderen Menschen einen ökonomischen Überschuss zu ziehen und dieses in Kultur umzuwandeln. Ebenso reflektiert Autorität die Tatsache, dass die Extraktion eines Überschusses nicht alles ist, was menschliche Gesellschaften ausmacht, und dass sie nicht die einzige Quelle von Kultur ist. Autorität impliziert Gehorsam auf der Basis von mehr als Furcht oder Zwang, und es ist notwendig zu erkennen, worauf dieses Mehr in der Praxis hinausläuft“.

Ein zentraler Kern der Analyse Moores, worauf dieses „Mehr“ in der Praxis beruht, ist, dass zwischen Autoritäten und Mitgliedern der Gesellschaft, zwischen Herrschern und Untertanen ein ständiges Sondieren des Arrangements in gegenseitiger Überwachung und Übereinkunft stattfindet, es gewissermaßen zu einem „reziproken Machtbeziehungsverhältnis“ kommt. Dabei werden drei we-

sentliche Verpflichtungen der Autoritäten bzw. des Herrschers ständig überwacht (ebd.: 42ff.): (a) der Schutz vor kriegerischen Angriffen von außen, aber auch vor Umweltkatastrophen, (b) die Erhaltung von Frieden und Ordnung innerhalb der Gesellschaft; man könnte auch sagen, kriegerische Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft zu verhindern und (c) die existenzielle Sicherheit jedes Mitglieds der Gesellschaft zu gewährleisten. Umgekehrt tragen die Mitglieder der Gesellschaft ihren jeweiligen Teil bei, indem sie sich bspw. dem Gesetz und der Ordnung unterordnen sowie bestimmte Aufgaben zur Erhaltung und Versorgung der Gesellschaft übernehmen.

So gesehen, kommt es zu einem ambivalenten Verhältnis gegenüber der Autorität: einerseits wird sie benötigt als Teil sozialer Koordination und andererseits wird sie in ständiger Überwachung aller weiteren Mitglieder der Gesellschaft abgelehnt und kritisiert: „Autorität impliziert immer zu einem gewissen Grad Beschränkung und damit Frustration. Auf der anderen Seite bietet sie auch (..) die Voraussetzung für Sicherheit. Daraus folgt, dass Menschen immer nach einer Autorität verlangen und sie doch gleichzeitig ablehnen“ (ebd.: 46).

Der Bedarf von Autoritäten und ihre gleichzeitige Ablehnung und Kritik sind dergestalt im reziproken Überwachungsverhältnis die Grundpfeiler eines demokratischen Gesellschaftsvertrags auf dem Hintergrund der Gewaltenteilung. Ohne Kritik und ohne die Ablehnung von Autorität in einer Gesellschaft, kommt es zu einseitigen Machtverhältnissen bzw. Konzentrationen von Macht wie in einer Diktatur oder wie in einer repressiven Herrschaft von Minderheiteneliten (ebd.: 45).

Die Arbeitsteilung

Die Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft bildet einen weiteren Konfliktkern innerhalb des Grundproblems sozialer Koordination:

„Dieser Gesellschaftsvertrag dient dazu, einen inhärenten und unvermeidlichen Konflikt zu regulieren, dessen Intensität freilich zeitlich und örtlich sehr variiert. Es handelt sich um einen Konflikt zwischen (1.) den Forderungen und Bedürfnissen des einzelnen Arbeiters oder Haushalts nach Nahrung, Kleidung, Behausung und einem Anteil an den Annehmlichkeiten und Freuden des Lebens; (2.) den Forderungen der Gesellschaft insgesamt; (3.) den Forderungen und Bedürfnissen dominanter Individuen oder Gruppen. Es handelt sich um einen Interessenkonflikt zwischen dem Einzelnen und den Bedürfnissen der Gesellschaftsordnung wie auch der herrschenden Klasse. (..) Es ist möglich, die wichtigsten bekannten Formen des Gesellschaftsvertrags, die die Arbeitsteilung regulieren, grob nach dem Grad von Zwang und Überredung zu ordnen (..) je größer der Zwang, desto weniger erfolgreich das Arrangement“ (ebd.: 57).

Die unterschiedliche Bewertung der jeweiligen Arbeit und Aufgabe forciert die Ungleichheit zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft und kann moralische Empörung und das Gefühl von Ungerechtigkeit auslösen. Hohe politische, religiöse, militärische Amtspersonen, aber insbesondere auch ökonomische Mittel führen zu einem hohen Status, einer hohen Machtposition. Hochbewertete Aufgaben zeichnen sich insbesondere durch den Grad der Kontrolle über andere Menschen aus, wobei in geringerem Maße bestimmte Fertigkeiten, vor allem geistige eine Rolle spielen. Geringer bewertete Arbeiten haben vergleichsweise weniger politischen, rechtlichen, militärischen oder moralischen Einfluss innerhalb der Gesellschaft. Ihnen wird ein Mangel an Fertigkeiten unterstellt und häufig handelt es sich um körperlich schwere und mühsame Arbeit. Vor allem Arbeit im Kontakt mit Exkrementen, Zerfall, Schmutz und Tod spiegeln Geringschätzung wider (vgl. Moore 1982: 58).

Zwei weitere Aspekte spielen eine Rolle für das Entstehen moralischer Empörung, des Zorns und des Gefühls von Ungerechtigkeit im Rahmen der Arbeitsteilung einer Gesellschaft (vgl. ebd.: 60f.): einerseits werden bestimmte Beziehungen relevant, die den Zugang und den Gebrauch von Produktionsmitteln regeln (Land, natürliche Ressourcen, Werkzeuge bzw. Mittel der Bearbeitung), wobei ein Angriff auf die so hergestellten Eigentumsverhältnisse als ein persönlicher Angriff wahrgenommen wird. Während also bestimmte Vorstellungen von Eigentum die eine Seite widerspiegeln, werden andererseits die Vorstellungen von Müßiggängern und ihre Sanktionen relevant: „stellt in allen Kulturen der überzeugte Faulenzer und Schmarotzer, d.h. derjenige, der sich weigert, seinen eigenen Anteil an den gemeinsamen Aufgaben zu übernehmen und statt dessen von der Arbeit anderer lebt, ein negatives gesellschaftliches Beispiel dar, *sofern er arm ist* (ebd.: 61f., Herv. im Original).

Im selben Atemzug findet die „Tabuisierung des Neidhammelverhaltens“ statt. Es wird tabuisiert – obwohl es Zorn bereitet und als Ungerechtigkeit im Verhältnis zum Gemeinwohl angesehen wird und sich sogar „Feindschaft gegen Spekulanten und Hamsterer“ entwickelt –, dass Mitglieder sich von der Gesellschaft abwenden bzw. ihren eigenen Beitrag zum Gemeinwohl umgehen können, privates Eigentum horten und damit spekulieren (vgl. ebd.: 65f.).

Die Arbeitsteilung ist so gesehen durchsetzt von Ungleichheit in der unterschiedlichen Bewertung und Abwertung von Arbeit – und hierzu zählen die Soziale Arbeit, die Pflege und überhaupt die Reproduktionstätigkeiten und sozialen Hilfen, wie die Erziehung von Kindern und die Nachbarschaftshilfe. Proteste gegen eine solche gesellschaftlich konstruierte Abwertung, ein offen ausgetragener (Interessen- und Bedürfnis-)Konflikt stehen weitgehend aus (vgl.

Winker 2015, hier insbesondere die kritisch zu würdigenden familienpolitischen Maßnahmen: 36ff.), was in gewisser Weise für eine Ich-Schwäche der in diesen Feldern Tätigen spricht. Flankiert wird diese Ungerechtigkeit und Geringschätzung gemeinnütziger und reproduktiver Tätigkeiten durch die Tabuisierung der Feindschaft gegen sich vom Gemeinwohl abwendende Reiche einerseits und im Sinne der Aktivierungslogik, dem „Fördern und Fordern“ die Sanktionierung in Form von Ausschluss und Missachtung sowie insbesondere von Kürzungen der Mittel zum Lebensunterhalt bzw. der Existenzsicherung von vermeintlich nichts beitragenden Armen sowie an sie herangetragene Verhaltensanpassungserwartungen an solch repressive Verhältnisse andererseits.

Die Verteilung der Güter und Dienstleistungen

Zwei wesentliche Grundprinzipien erschweren die gerechte Verteilung der gesellschaftlich produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen unter ihren Mitgliedern, was einen weiteren Konflikt markiert: Einerseits soll im Sinne der Gleichheit jedes Mitglied der Gesellschaft genug erhalten, um seine Bedürfnisse zu stillen und gegen Unglück versichert zu sein und andererseits bringt die unterschiedliche Bewertung der Tätigkeiten Ungleichheit hervor, die allerdings Akzeptanz findet, solange sie dem Gemeinwohl „wie es die betreffende Gesellschaft versteht“ dient, „eine seltsame Mischung aus Gleichheit innerhalb der Ungleichheit“ (ebd.: 67ff.).

Der Protest und Widerstand gegen eine immer mächtiger werdende Akteursgruppe des Finanzkapitalismus, die Moore noch nicht im Blick haben konnte, bleibt ebenfalls noch weitgehend aus. Diese Akteure sind lokal ungebunden in der Lage, *glocal* zu operieren (vgl. Thomä 2016: 498ff.). Sie können sich insofern nach Belieben der Gesellschaft zuwenden oder auch von ihr abwenden, z.B. indem sie auf Steueroasen ausweichen. Ihr solchermaßen – von sämtlichen Regierungen toleriertes, wenn nicht gefördertes – ungebremstes Interesse gilt einzig und allein dem Ertrag, der Rendite bzw. der Profitmaximierung bei gleichzeitiger Auslagerung der Risiken ihrer Operationen. Diese Akteure werden von Kapitalverwaltungsgesellschaften wie BlackRock u.a. vertreten und sie haben auf diese Weise die Möglichkeit, anonym zu bleiben, eine neue weltweit vernetzte, anonyme Machtelite zu bilden. Sie haben großen Einfluss auf die Realwirtschaft und die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sämtlicher Länder und tragen eine große Verantwortung für Wirtschaftskrisen, die in immer kürzeren Abständen auftreten. Immer mehr Menschen demokratischer Wohlstandsgesellschaften werden auf diese Weise mit wachsenden Unsicherheiten belastet, auf die vor allem

Robert Castel (2007; 2011) immer wieder hingewiesen hat (vgl. aber auch Beck 1986; Beck/Giddens/Lash 1996; Bauman 2003; Giddens 2001). Dabei entstehen bestimmte Erfahrungszonen, die Klaus Dörre auf der Grundlage seiner Forschungen (a) die Zone der Integration, (b) die Zone der Präkarität und (c) die Zone der Entkoppelten genannt hat. Diese Zonen beeinflussen sich gegenseitig. Entkopplung und Marginalisierung, Niedriglöhne, Zeitarbeit und Kurzzeitverträge durchsetzen die Arbeitswelt, und die politisch ungelösten Konflikte verlagern sich ins Soziale. Es kommt zu Spaltung, Konkurrenz und Abwertung und ein fristloser Arbeitsvertrag wird zu einem hohen, mit allen Mitteln verteidigungswertes Gut stilisiert (vgl. Dörre 2006). Dabei greifen neben dem fortschreitenden Umbau sozialer Sicherungssysteme (Lessenich 2008; und von ihm zur Notwendigkeit eines funktionierenden Sozialstaats im Kapitalismus 2016) und dem hiermit einhergehenden Rückgang sozialstaatlicher Verantwortungen z.B. mit Blick auf Renten- oder Gesundheitsversicherungen politisch geförderte Formen der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse ineinander, die eine stabile Verknüpfung von Lohnarbeit mit sozialen Schutzmechanismen und Partizipationsrechten quasi aushöhlen (vgl. Dörre 2006: 182; vgl. auch mit Blick auf die sich im neuen Wohlfahrtsstaat ausbreitende Angst vor einer unzureichenden Altersversorgung: Bode/Lüth 2018). Stattdessen wird sich vielmehr an internationalen Finanzmarkterwartungen ausgerichtet (vgl. Deutschmann 2005; Dörre/Brinkmann 2005). Und Castel erinnert: „Um Zukunftsperspektiven zu entwickeln, bedarf es eines Mindestmaßes an Sicherheit in der Gegenwart“ (Castel 2007: 18), während Moore pointiert (Moore 1982: 164): „Die Unsicherheit aller Beteiligten ist eine der bedeutendsten und am meisten vernachlässigten Aspekte historischer Krisen, seien sie groß oder klein“. Und man muss sich klarmachen: Die Finanzelite besitzt Banken, Renten- und Pensionskassen u.v.m. und sie „berät“ sogar Regierungen. Die Formierung einer solchen neuen Machtelite ist eine unterschätzte, aber sehr ernstzunehmende Gefahr für sämtliche Demokratien und sie ebnet den Weg für ein neues autoritäres Zeitalter (vgl. Rügemer 2018; Windolf 2008: 516-535; Dörre/Brinkmann 2005: 85-116; Thomä 2016: 501ff.; Schreyer 2018; Heitmeyer 2018; vgl. den jüngst erstmalig veröffentlichten Vortrag von Theodor W. Adorno 2019, den er auf Einladung der sozialistischen Studenten Österreichs 1967 in Wien unter dem Titel „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ hielt).

Der janusköpfige Widerstand

Der Widerstand aus gesellschaftshistorischer Perspektive, der sich auf der Grundlage des Gefühls von Ungerechtigkeit und moralischer Empörung bildet und zu

neuen solidarischen Bündnissen, sozialen Bewegungen, Umbrüchen, Revolutionen und Bürgerkriegen führen kann, ist in seinen Auswirkungen in gewisser Weise unberechenbar, wie die Geschichte zeigt, und er ist janusköpfig mit zwei gegenläufigen Orientierungen: Der Widerstand kann 1. konservierend oder konservativ als Konter-Revolution oder 2. transformierend oder innovativ als Revolution verstanden werden. Vor allem muss herausgestellt werden, dass mit ihm bestimmte auf Dauer gestellte soziale Konflikte einhergehen, die man auch als konfliktreiche Ambivalenzverhältnisse verstehen kann:

- zwischen Eigen- und Gemeinwohl,
- zwischen Legitimation und Legitimität,
- zwischen Gegenwart und Zukunft, mit der Gefahr, die Vergangenheit zu vergessen,
- vor allem aber, mit konstruktiven Chancen und destruktiven Gefahren.

Diese Chancen und Gefahren beziehen sich sowohl auf die Gesellschaften als auch auf ihre einzelnen Mitglieder.

So muss bedacht werden, dass Menschen nach Sicherheit streben und dabei selbst als ungerecht und unmenschlich geltende soziale Arrangements z.B. als „moralische Autorität des Leidens und der Ungerechtigkeit“ akzeptieren, wie bspw. die Studien zu den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus oder aber auch bspw. des Kastensystems im Indien, insbesondere die Lebensverhältnisse der „Unberührbaren“ zeigen (vgl. Moore 1982: 80ff.). Klassentheoretisch ansetzend hob Herbert Marcuse hervor, dass die Arbeiterklasse auf der kapitalistischen Grundlage als total integriert anzusehen ist durch die Ermöglichung von Massenkonsum und insofern Massenloyalität. Sie könne deshalb nicht mehr als revolutionäres Subjekt gelten. Vielmehr brauche sie „Katalysatoren“ (Marcuse 1969: 83. In: Selk 2013: 24): „Neben den objektiven Katalysatoren (ökonomischen Krisen, Versagen des technokratischen Regulationsarrangements) bedarf es einer subjektiven, kulturellen Vorhut des widerständigen Bewusstseins (..) Da sich die Herrschaftsstruktur der fortgeschrittenen Industriegesellschaft nämlich in das Bedürfnissystem der Menschen eingeschrieben hat, muss der Widerstand zunächst hier ansetzen“. Heute sind Teile der Arbeiterklasse bzw. die Einkommensschwächsten trotz Wirtschaftswachstum als „Prekariat“ mit großer Not konfrontiert, es wird immer leichter, trotz Arbeit arm zu sein!

Und damit schließt sich der Kreis zu Barrington Moores Feststellung (Moore 1982: 57): „Tatsächlich dienen einige der bedeutendsten Techniken der größeren Gesellschaft dazu, die Individuen zu formen und sie zu veranlassen, ihre eigenen Interessen im Sinne der Anpassung an die gesellschaftliche Ordnung zu definieren

und damit freudig ihren Teil des Gesellschaftsvertrags zu erfüllen, auch wenn die materiellen Gegenleistungen (und die Anerkennung; KG) sehr gering sind“.

Man könnte auch formulieren: Selbst eine von Misshandlung und Entwertung geprägte Arbeit anzunehmen und damit Mitglied der Gesellschaft zu sein, wenngleich damit die Rechte und Würde, geschweige denn die Interessen und Bedürfnisse missachtet werden, ist nicht selten leichter zu ertragen, als den Schmerz, die Ungewissheit und Unsicherheit zuzulassen, die in der Konfrontation ebenjener Rolle mit sich selbst und den möglichen alternativen Wegen hieraus einhergehen. Nicht selten wird damit der Verlust des Selbst und des Wenigen verbunden, das überhaupt die Anerkennung als Mitglied der Gesellschaft gewährleistet. Dabei spielen Scham, Schuld und Angst eine Rolle und nicht selten werden dabei die eigene Macht der kritischen Überwachung, der Beteiligung an den gesellschaftlichen Verhältnissen und die Entwicklung von Perspektiven aufgegeben. Aber auch derartige Rückschritte in vormoderne Strukturen der Passivität können in gewisser Weise verstanden werden: Die Studie *Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung* (Elsässer u.a. 2016) hat gezeigt, dass wir es auch in Deutschland mit einer „Krise der Repräsentation“ der Unterschichten zu tun haben, die sich sogar durch einen „negativen Zusammenhang“ politischer Entscheidungen auszeichnet. D.h. bei sich diametral gegenüberstehenden Meinungen zwischen den 10% Einkommensärmsten und den 10% Einkommensstärksten kann davon ausgegangen werden, dass zugunsten der Einkommensstärksten entschieden wird. Dieser negative Zusammenhang zeigt sich am deutlichsten in Deutschland in den Feldern Außenpolitik sowie Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (im letzteren Feld z.B. in der Begrenzung der gesetzlichen Rentenbeiträge, der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes u.a. (ebd.: 55)); darüber hinaus lassen sich ebensolche Unterschiede in den Berufsgruppen markieren, wenn die Meinungen un- und angelernter Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Facharbeiter und Facharbeiterinnen von denen der Beamten und Selbstständigen unterschieden werden (ebd.: 56). Die Studie zeigt aber auch, dass diese Schieflage weniger mit dem Geschlecht, dem Bildungsgrad oder auch mit dem regionalen Unterschied zwischen Ost- oder Westdeutschland zusammenhängt, sondern vielmehr mit dem Einkommen (ebd.: 30). Die Forscher um Armin Schäfer schlussfolgern (ebd.: 43):

„Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass das Einkommen politische Meinungen beeinflusst. Einkommensarme Befragte wünschen sich in einer Vielzahl der Fälle andere Entscheidungen der Politik als ihre besser verdienenden Mitbürger_innen, dies gilt insbesondere für die Außen-, aber auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Darüber hinaus konnten wir erstmals für Deutschland nachweisen, dass

politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang. Was Bürger_innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren von 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. In Deutschland beteiligen sich Bürger_innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schiefelage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert. Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu“.

Und schließlich zur Erinnerung ein Blick auf die Verfassung, auf Art. 20, insbesondere Satz 4 des GG:

- „(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“.

Sebastian Ehrlich hebt die kurze Zeitspanne für die Durchsetzung des sogenannten „Widerstandsrechts“ hervor, denn es gilt nur solange wie die Verfassung bzw. der Staat aufrechterhalten bleibt: „Die Antwort kann eigentlich nur Nein lauten angesichts der genannten Annahme, dass gegen staatliches Unrecht wirksamer Rechtsschutz besteht; denn gerade das Versagen des Staates, seinem Zweck nachzukommen, ist es ja, das den Widerstandsfall auslöst“ (Ehrlich 2017: 58). D.h. das Widerstandsrecht ist an den funktionierenden Staat gekoppelt. Wenn das staatliche System zusammenbricht, erlischt gleichzeitig das Recht zum Widerstand. Umso bedeutender wird die – wenn auch kurze gesellschaftsdynamische Zeitspanne –, in der die Autoritäten, der Staat selbst und seine Verfassung respektive seiner sozialen Verantwortungen und Pflichten kritisiert und angezweifelt und entsprechende politische Lösungswege eingeschlagen werden können.

Wenn aber ganze Bevölkerungsschichten der politischen Missachtung ausgesetzt werden, insbesondere in den Politikfeldern Arbeit und Soziales und ebenjene Ausgeschlossenen und Marginalisierten nicht gehört, nicht gesehen

und nicht repräsentiert werden, sondern sie sanktioniert und in ausbeuterische „Maßnahmen“ gezwungen werden, dann kann von einem sozialen Staat und von Demokratie nicht die Rede sein. Herbert Marcuse würde in einem solchen Fall vom „Nurrecht“ sprechen, wenn alle gesetzlichen Mittel nicht ausreichen, auf das Widerstandsrecht zurückzugreifen (vgl. Marcuse 1966: 127f.). Ohne diejenigen, die mit jenen Bevölkerungsschichten in Kontakt kommen und von denen man meinen möchte, dass sie zu den Intellektuellen gehören, und die die Pflicht haben, „die unmittelbare Konkretheit der Unterdrückung zu durchbrechen“ (ebd.: 91), gelingt ein solcher Widerstand allerdings nicht, wie die Geschichte gezeigt hat (vgl. Moore 1982).

Ausgewählte Aspekte organisationalen Widerstands in der sozialen Praxis

In Organisationen wird das konfliktreiche Verhältnis zwischen Autorität und der Ablehnung von Autorität auch immer wieder deutlich, wie die Erfahrungen in Dialogischen Qualitätsentwicklungen zeigen. Sowohl Leitungslosigkeit als auch autoritäre Leitungen können die soziale Praxis massiv in ihrer Qualität, in ihren Prozessen und Verfahren einschränken. Immer wieder geht es dann darum, das Selbst- und Aufgabenverständnis der jeweiligen Akteure zu klären, auf dem Hintergrund einer Klärung der Grundorientierungen und der Aufgaben für die gemeinsame, mehrseitige soziale Hilfepraxis.

Zwei wesentliche Gesichtspunkte sollen hier aber als organisationaler Widerstand hervorgehoben werden:

1. Organisationale Routinen (vgl. Argyris/Schön 1999) sollen die Unberechenbarkeit des Lebens, die Unvorhersagbarkeit von Hilfe- und Entwicklungsprozessen überwinden. Man könnte auch sagen: Verfahrensanweisungen, Abläufe, Regulierungen dienen als Abwehrmodi gegen Ungewissheit und Unverfügbarkeit über die (freien) Kinder und Jugendlichen und ihre Familien bzw. über die Klienten Sozialer Arbeit. Dabei muss herausgestellt werden, dass ebenjene Klienten sich diesen Routinen anpassen sollen, was gerne auch mit „Partizipation“ verwechselt wird, statt dass ebenjene Organisationen und ihre Mitglieder die Möglichkeit entwickeln, an den Geschichten, den Lebenswelten, den Wahrnehmungen, Interessen und Bedürfnissen zu partizipieren, mit den in Not geratenen Klienten wirklich in einen solidarischen Kontakt zu kommen und ihre Konflikte zu verstehen. Andererseits werden Routinen benötigt, um die komplexe Arbeit meistern zu können. Auf welchen Grundorientierungen allerdings organisationale Routinen gebaut werden, wie in den jeweiligen Organisationen gelernt wird und wie die komplexe

Hilfepraxis Außenstehenden zugänglich und verstehbar gemacht werden kann, sind zentrale Fragen.

2. Hierarchien und Konkurrenz „infiltrieren“ auch die soziale Praxis. Wie oben bereits angedeutet, werden Konflikte zwischen Leitungen und Fachkräften immer wieder deutlich, die einen Autonomie-Abhängigkeitskonflikt markieren. Einerseits werden Leitungskräfte gebraucht, um die schwere Arbeit der Fachkräfte fachlich gut zu stützen und zu begleiten. Andererseits werden sie abgelehnt, um die je einzigartige Hilfepraxis programmatisch und methodisch autonom gestalten zu können, nicht zuletzt, um den Besonderheiten der Klienten gerecht zu werden. Eine Vielzahl unterschiedlicher Konflikte erschweren die soziale Koordination und Zusammenarbeit zwischen Leitungskräften und Fachkräften, zwischen Fachkräften untereinander wie auch zwischen Teams bis hin zu interorganisationalen Konflikten zwischen den beteiligten Organisationen und Disziplinen. Ein „Lieblingskonflikt“ besteht zwischen der öffentlichen und freigemeinnützigen Kinder- und Jugendhilfe in gegenseitiger Konkurrenz und Geringschätzung, bei gleichzeitiger gegenseitiger Abhängigkeit, flankiert von der Tabuisierung gemeinsamer Aufgaben. Aber auch Konkurrenzverhalten zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen erschweren hilfreiche Praxis. Solcherart Konkurrenzkonflikte macht die soziale Praxis umso anfälliger, von anderen Disziplinen kolonisiert zu werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Fachkräfte (vermeintlich) mit sich selbst und ihrer Organisation beschäftigt sind – eine Auswahl der hiermit einhergehenden, immer wiederkehrenden Konflikte:

1. „Driftendes“ Grund-, Selbst- und Aufgabenverständnis (Orientierungs-, Selbstverständnis- und Kompetenzkonflikt),
2. Die gemeinsame Aufgabe vs. die eigene Aufgabe als Akteur im org. Kontext (Rollenkonflikt und Arbeitsteilungskonflikt),
3. Zuverlässigkeit (Vertrauens- und Transparenzkonflikt),
4. Koordination und Kooperation (Zusammenarbeits- und Zuständigkeitskonflikt) – alles flankiert von und
5. (sicher zutreffenden, aber gern ausschließlich hervorgehobenen) Ressourcen- und Ökonomiekonflikten sowie Berechenbarkeitskonflikten.

Dabei muss allerdings die Gefahr herausgestellt werden: *Bei all den „schönen“ (im Sinne des möglichen Lerngehalts ihrer Durcharbeitung) fachlichen und organisationalen Konflikten geraten die Klienten aus dem Blick!*

Psychoanalytische Gesichtspunkte auf den Widerstand

Neben den Schlüsselbegriffen des ‘Unbewussten’, der ‘Übertragung’ und m.M.n. dem ‘Wiederholungszwang’ bildet der ‘Widerstand’ einen zentralen Begriff innerhalb der Psychoanalyse.

Das Besondere am Widerstand aus psychoanalytischer Perspektive ist, dass er sich auch hier janusköpfig zeigt: Einerseits werden tiefgreifende, zumeist frühkindliche nicht bewältigbare Erlebnisse ins Unbewusste verdrängt und paradoxerweise alles dafür getan, um das in dieser Geschichte entwickelte (störende) Gleichgewicht zu halten, d.h. das Alte/den Konflikt zu bewahren und im Wiederholungszwang immer wieder wiederherzustellen, und andererseits sorgt die Psyche dafür, ihn auf diese Weise „auszudrücken“, behandel- und überwindbar zu machen. Der Widerstand schwankt so gesehen zwischen Krankheit und Gesundheit, zwischen Stillstand und Entwicklung, zwischen Unbewusstem und der Möglichkeit, bewusst zu werden bzw. aus einem sich wiederholenden Teufelskreis des Leids und der vermeintlichen Ausweglosigkeit mit professioneller Hilfe und Unterstützung herauszufinden: sich zu erinnern, den Konflikt zu wiederholen und ihn durchzuarbeiten (Freud 1913/1917: 126-136)³.

Im Umgang mit dem unbewussten Widerstand aus psychoanalytischer Perspektive ergeben sich für soziale Fachkräfte wiederum bestimmte Herausforderungen und Konflikte. Hier eine Auswahl von „Lieblingsherausforderungen“ (wie oben im Sinne des Lernpotentials in der Auseinandersetzung mit ihnen), die miteinander zusammenhängen und die zu schweren (Hilfeprozess- und Hilfe-)Konflikten in der Praxis führen können:

1. Das Unbewusste wird verleugnet (es wird in seiner Existenz und Wirkung nicht anerkannt);
2. Fachkräfte fühlen sich geblendet, belogen oder hintergangen;
3. Die (transgenerationalen beziehungs- und Entwicklungs-) Geschichte(n) spielt(spielen) keine Rolle in der Arbeit, sie werden vernachlässigt (die guten Gründe des So-Geworden-Seins oder die Etappen in den Konfliktentwicklungsgeschichten usw. werden nicht verstanden und nicht als Leistung anerkannt);
4. „Sprünge“, Wiederholungsmuster, Kontaktabbrüche u.a. werden nicht untersucht;
5. und nicht thematisiert (Kommunikationskonflikte).

3 Dabei die Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Akteure, ihrer Persönlichkeit bzw. ihres ‘Strukturturniveaus’ (Kernberg) berücksichtigend.

6. Der unbewusste Konflikt wird von Fachkräften mitagiert, anstatt ihn (bei Bedarf unter Zuhilfenahme von weiteren Professionellen) durchzuarbeiten.

Insbesondere der letzte Gesichtspunkt gefährdet die soziale Hilfepraxis. Denn wenn der unbewusste Konflikt, der Widerstand nicht erkannt wird und die Fachkräfte ihn unbewusst mitagieren, kehrt sich Hilfe in ihr Gegenteil um: Soziale Fachkräfte tragen dann zum Wiederholungszwang, zur leidvollen Wiederholung des alten Konflikts und Beziehungsmusters ihrer Klienten bei.

Wege aus der Sackgasse – für eine kritisch-solidarische Hilfepraxis

Man muss sich klar machen: Es sind die sozial Arbeitenden, die mit den Armen, den Ausgeschlossenen und Marginalisierten und nicht selten auch mit den im inneren Widerstand Festsitzenden und Isolierten in Kontakt kommen. Daraus ergeben sich besondere Herausforderungen, Pflichten und Verantwortungen, aber auch gewisse Chancen der Hilfe für soziale Fachkräfte.

Die oben skizzierten Problemfelder im Umgang mit dem Widerstand aus gesellschaftshistorischer Perspektive, aus organisationswissenschaftlicher Perspektive und aus der psychoanalytischen Perspektive lassen konkrete Schlussfolgerungen für die soziale Hilfepraxis zu. Es ergeben sich dabei sowohl Leitsätze für eine widerständige Praxis als auch plädierende Leitsätze für eine kritisch-solidarische Hilfepraxis.

Fünf schlussfolgernde Leitsätze widerständiger Hilfepraxis

Wenn die sozialen Fachkräfte sich für eine hilfeorientierte Praxis entscheiden und sich auf diese Weise von punitiven Tendenzen abgrenzen und sie ihre Klienten in ihren Lebenszusammenhängen und Geschichten wirklich ernst nehmen wollen, dann müssen sie einigen sowohl selbst, d.h. aus sich heraus von innen als auch von außen durch gesellschaftliche Erwartungen oder polit-ökonomische Rahmenbedingungen ihnen auferlegten Impulsen oder gar Triebregungen widerstehen. Hier einige zentrale Leitsätze zur Anregung:

Die professionellen Fachkräfte

1. *widerstehen individualisierenden Verstehensrahmen sowie oberflächlichen Problemkonstruktionen, die ausschließlich auf Anpassung an gegebene oder sich abzeichnende Herrschafts- und Repressionssysteme sowie nurmehr auf Symptomarbeit abzielen;*

2. *widerstehen aggressiven und punitiven Impulsen – es ist nicht ihre Aufgabe zu strafen, sondern zu helfen und zu verstehen;*
3. *widerstehen Praktiken der Verfolgung, des Verdachts und der Sozialsplionage;*
4. *widerstehen der Neigung, Konflikte und Kritik zu vermeiden, denn deren Bewältigung und Durcharbeitung sind ihr zentrales Aufgabengebiet;*
5. *widerstehen dem Trend, ihre Aufgaben allein und eigenverantwortlich bei gleichzeitiger Anspruchserhöhung bewältigen zu müssen.*

Zehn schlussfolgernde Leitsätze – Plädoyer für eine kritisch-solidarische Hilfepraxis

Die nachfolgend entworfenen Leitsätze für eine kritisch-solidarische Hilfepraxis stehen miteinander in Verbindung. Die Kernherausforderung besteht m.M.n. darin, Kritik als etwas Wertvolles anzuerkennen, sie zu nutzen als Chance der gegenseitigen Verständigung und der Weiterentwicklung. Eine kritische Kommunikationskultur und Kultur der Begegnung zu entwickeln unter Fachkräften, in Organisationen und insbesondere mit Klienten, – die ja i.d.R. mit bestimmten kritischen Konstruktionen auf die Fachkräfte treffen und darum zu Klienten werden –, die von Solidarität getragen ist, bildet den Kern folgender Leitsätze erfolgreicher Hilfepraxis in unterschiedlichen Konfliktlagen und Kontexten, d.h.:

1. *Solidarische Fachkräfte verstehen sich selbst als Akteure in Ambivalenzverhältnissen (zw. Klient und Staat, zw. Individuum und Gesellschaft, zw. Eigen- und Gemeinwohl, zw. Rechten und Pflichten, Bedürfnissen und Interessen sowie zwischen Macht- und Ohnmachtsverhältnissen usw.), die Veränderungen unterliegen. Sie klären ihr Selbstverständnis und ihre Rolle.*
2. *Solidarische Fachkräfte untersuchen ihr Verstehen; verstehen ihr (Fall-)Verstehen – behalten ihre Klienten in ihren Kontexten und ihren Geschichten im Blick und beziehen sie in die Untersuchungspraxis ein, denn die Untersuchungspraxis selbst ist bereits Hilfe – diese Perspektive und der Prozess werden erfahrungsgemäß leider aus unterschiedlichen Gründen immer wieder übersprungen. Hilfeprogramme werden dann ohne eine multiperspektivische Problemkonstruktion in Gang gesetzt, nicht selten an den Konflikten der Klienten vorbei und das ist kein Wunder, denn ein konkreter Hilfebedarf leitet sich von einer gründlichen mehrseitigen Untersuchungspraxis ab.*
3. *Solidarische Fachkräfte orientieren sich am Konflikt, sind konflikt- und kritikoffen, schätzen ihre heilsamen und entwicklungsfördernden Chancen der Bewältigung und der Durcharbeitung von bspw.:*

<i>Kommunikationskonflikten</i>	<i>Macht- und Ohnmachtskonflikten</i>
<i>Erziehungskonflikten</i>	<i>Armutskonflikten</i>
<i>Beziehungskonflikten</i>	<i>Anerkennungskonflikten</i>
<i>Entwicklungskonflikten</i>	<i>Anpassungskonflikte u.v.m.</i>

4. *Solidarische Fachkräfte üben solidarische Kritik in Auseinandersetzung mit sich selbst, mit ihren Kolleginnen, den Leitungskräften oder Fachkräften, den Programmen, Verfahren und Routinen ihrer Organisationen, insbesondere aber an den gesellschaftlichen Entwicklungen und Verhältnissen und schließlich im reziproken Verhältnis zu ihren Klienten, nicht zuletzt als Kern demokratischer Praxis und „Autoritarismusimpfung“.*
5. *Solidarische Fachkräfte suchen sich Hilfe – denn auch Helfer haben Hilfebedarfe.*
6. *Solidarische Fachkräfte untersuchen ihre Praxis und Prozesse, sind forschungs- und experimentierfreudig, entwickeln mehrseitige und balancierte Settings und Programme (in Anerkennung von Ich-Du-Wir-Beziehungen in der Vergangenheit, der Gegenwart und einer möglichen, aber ungewissen Zukunft) und agieren unbewusste Konflikte nicht mit, schlagen vielmehr alternative Wege des Kontakts, des Verstehens und der Verständigung zur Entwicklungsförderung und zum Schutz ein.*
7. *Solidarische Fachkräfte nehmen ihr Nicht-Wissen in den Blick, lernen wieder weiter zu lernen und hinterfragen neugierig vermeintliche Selbstverständlichkeiten.*
8. *Solidarische Fachkräfte schätzen die Ungewissheit auch als wesentlichen Aspekt einer freien und offenen Gesellschaft und damit als Entwicklungspotenzial.*
9. *Solidarische Fachkräfte lernen andere „Sprachen“ wie bspw. die der Wirtschaft in Abgrenzung zur Sprache der sozialen Hilfepraxis und nicht zuletzt die Sprache ihrer Klienten – können damit „jonglieren“ bzw. sie übersetzen und erklären: verständigen sich und beraten kritisch-solidarisch, auch in sozial-politischen oder wirtschaftlichen Angelegenheiten, z.B. um zu erklären, warum das Soziale im Kapitalismus angesichts zahlreicher Kriege und Blutbade in der Geschichte nicht in Vergessenheit geraten sollte; und schließlich:*
10. *Solidarische Fachkräfte überwinden Spaltung, Konkurrenz und rahmen ihre sozialen Aufgaben im Dialog mit ihren unterschiedlichen Partnern neu, am besten in einem größeren, globalen Kontext und ohne den Humor zu verlieren!*
11. *Möglicherweise erscheinen die vorgeschlagenen Leitsätze als zusätzliche Anspruchserhöhung an soziale Fachkräfte. Allerdings geht es mir eher darum, sie bei ihrer wirklich sehr schweren und komplizierten Arbeit zu unterstützen, sie zu ermutigen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen, die in ganz praktischer Weise*

Freude an der Arbeit bereiten und insbesondere in konfliktreichen Hilfeprozessen mit ihren Klienten neue Chancen und Wege eröffnen können.

12. *Aus wissenschaftlicher Perspektive plädiere ich schließlich für mehrseitige Hilfeprozessuntersuchungen, um sowohl Schwierigkeiten als auch erfolgreiche Wendepunkte zu untersuchen und aus ihnen zu lernen (vgl. Wolff, R. u.a. 2013; Rosenfeld 2019).*

Literatur

- Adorno, Theodor W. 2019: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Mit einem Nachwort von Volker Weiß. Berlin
- Argyris, Chris/Schön, Donald A. 1996: Die lernende Organisation. Grundlagen, Methode, Praxis. Stuttgart: Klett-Cotta
- Bauman, Zygmunt 2003: Flüchtige Moderne. Frankfurt a/M: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a/M
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott 1996: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a/M
- Betzeld, Sigrid/Bode, Ingo (Hrsg.) 2018: Angst im neuen Wohlfahrtsstaat. Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen. Baden-Baden
- Bode, Ingo/Lüth, Ralf 2018: Der unruhige Blick nach vorn. Zukunftsangst und Institutionenskepsis in Lichte neuerer empirischer Befunde. In: Betzeld, Sigrid/Bode, Ingo (Hrsg.): Angst im neuen Wohlfahrtsstaat. Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen. Baden-Baden, S. 369-394
- Castel, Robert 2007: Wie lässt sich die soziale Unsicherheit bekämpfen? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die Zukunft sozialer Sicherheit. Band 2 der Reihe Wirtschaft und Soziales. S. 13-21. Der Beitrag ist online verfügbar unter: [https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/Reihe_Wirtschaft_Soziales_Band2_Zukunft_sozialer_Sicherheit_2007\(1\).pdf#page=13](https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/Reihe_Wirtschaft_Soziales_Band2_Zukunft_sozialer_Sicherheit_2007(1).pdf#page=13), Letzter Zugriff: 25.09.2019
- 2011: Die Krise der Arbeit: neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. In: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 31 (2011), 121, S. 104-125
- Deutschmann, Christoph 2005: Finanzmarktkapitalismus und Wachstumskrise. In: Windolf, Paul: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden, S. 58-84
- Dörre, Klaus/Brinkmann, Ulrich 2005: Finanzmarktkapitalismus. Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells? In: Windolf, Paul: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden, S. 85-116

- Dörre, Klaus 2006: Prekäre Arbeit. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ihre sozialen Folgen. In: Arbeit. Heft 1. Jg. 15, S. 181-193. Online verfügbar unter: <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/28685/1/doerre.pdf>, letzter Zugriff: 25.09.2019
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin 2016: Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015: Endbericht. Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Online verfügbar unter: https://pure.mpg.de/rest/items/item_2377116_3/component/file_2377114/content, letzter Zugriff: 25.09.2019
- Freud, Sigmund 1913/1917a: Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. In: Gesammelte Werke, Bd. X, Frankfurt a/M, S. 126-136
- Giddens, Anthony 2001: Entfesselte Welt. Wie die Globalisierung unser Leben verändert. Frankfurt a/M
- Heitmeyer, Wilhelm 2018: Autoritäre Versuchungen. Frankfurt a/M
- Lessenich, Stephan 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld
- 2016: Warum der Kapitalismus den Sozialstaat braucht. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/dialog/235794>, letzter Zugriff: 25.09.2019
- Marcuse, Herbert 1969: Versuch über die Befreiung. Frankfurt a/M
- 1966: Repressive Toleranz. In: ders./Wolff, Robert P./Moore, Barrington: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt a/M, S. 91-128. Online verfügbar unter: https://tu-dresden.de/gsw/phil/iphil/phidi/ressourcen/dateien/breitenstein/mat/ws07/marcuse_repressivetoleranz.pdf?lang=de, letzter Zugriff: 25.09.2019
- Moore, Barrington 1974: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt a/M
- 1982: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt a/M
- Rosenfeld, Jona M. in Zusammenarbeit mit J.-M. Defromont 2019: Jenseits der Exklusion – Lernen vom Erfolg – Auf dem Weg zur Gegenseitigkeit. Olpaden, Berlin, Toronto
- Rügemer, Werner 2018: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure. Köln
- Schreyer, Paul 2018: Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie? Frankfurt a/M
- Selk, Veith 2013: Resisto, ergo sum! Anmerkungen zur Begriffsgeschichte von „Widerstand“. PERIPHERIE – Politik · Ökonomie · Kultur, 33 (129). Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 8-38. Online verfügbar unter: <https://budrich-journals.de/index.php/peripherie/article/view/22751>, letzter Zugriff: 15.08.2018
- Thole, Werner/Ziegler, Holger 2018: Soziale Arbeit als praktische Kritik der Lebensformen. Überlegungen zu einer nicht auf Soziale Probleme verengten Konzeption Sozialer Arbeit. In: Soziale Passagen, Heft 10, Juli 2018, S. 7-28
- Thomä, Dieter 2016: Puer robustus. Eine Philosophie des Störenfrieds. Berlin

Windolf, Paul 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden

– 2008: Eigentümer ohne Risiko. Die dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus. Zeitschrift für Soziologie, 37(6), S. 516-535

Winker, Gabriele 2015: Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld

Wolff, Reinhart u.a. 2013: Aus Fehlern lernen – Qualitätsmanagement im Kinderschutz. Konzepte, Bedingungen, Ergebnisse, hg. v. NZFH. Opladen, Berlin, Toronto

*Kira Gedik, Siegfried Bernfeld Institut für Praxisforschung,
Küstriner Str. 39, 13055 Berlin
E-Mail: kira.gedik@posteo.de*

Angst. Wut. Mut.

Hinter gescheiterten neoliberalen Versprechen von Wohlstand und Glück verwandelt sich der Westen zunehmend in eine «Angstgesellschaft»: Angst vor Terrorismus, vor Technologien, vor Migration; Angst vor Kontroll- und Statusverlust und vor dem Verlust männlicher und westlicher Privilegien.

Der liberale Mythos der unbegrenzten Möglichkeiten diffamiert Prekarität, Versagen und Konsumverweigerung als asozial. Und in der Gegenwartsliteratur dominieren Dystopien der Algorithmen und Zukunftsängste.

Die Angst dient den Autor*innen im Heft 73 als Chiffre, um sich den zeitgenössischen Brüchen und Herausforderungen zu nähern – auf der Suche nach Mut und kollektiven Antworten als Ausweg aus einer von Angst und Wut gelähmten Gegenwart.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

73

Angst. Wut. Mut.

Burnout und Depression; Narzissmus als Norm; Resilienz und Einpassung ins System; Arbeit und Flexibilisierung; Strafbare Prävention; Religion; Klimastreik; kollektive Antworten und Solidarität

B. Adamczyk, M. Amacker, S. Bernard, R. Bossart, T. Büchler, E. Eggemann, S. Federici, J. Frick, T. Gebauer, M. Gmür, S. Graefe, M. Haegler, F. Jeffries, C. Knöpfel, F. Kretzen, S. Lanz, R. Locher, G. Mäder, U. Mäder, B. Rothschild, P. Samol, N. Schneider, K. Seifert, D. Waser

Diskussion

H. Pinto de Magalhães / A. Filippi / T. Naguib:
Eine Allianz für ein solidarisches Wir
S. Graf: Lohn für Hausarbeit in der Sozialhilfe?
N. Txaparategi: Subjekt sein
M. Madörin: Zahlen sichtbar machen
U. Marti-Brander: Hannah Arendt. Eine Kritik

Marginale/Rezensionen

38. Jg. / 2019

216 Seiten, € 18.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
vertrieb@widerspruch.ch

www.widerspruch.ch